



Ausgabe **April** 2023



Umfragen: Nationalratwahlen, Altersdiskriminierung, Wohngegend, Kreuze in Schulen und Maßnahmen der Regierung

Wären am kommenden Sonntag Nationalratswahlen, so würden 29% die FPÖ mit Herbert Kickl wählen, die anderen Parteien wären auf die Plätze verwiesen: Auf Platz 2 läge die ÖVP (23%) und die SPÖ (20%). Überraschend: neben den Grünen (9%) und den NEOS (8%) würde die KPÖ mit 7% auf Anhieb den Einzug in den Nationalrat schaffen.

(Quelle: ServusTV 27. April 2023)

8 von 10 Befragten sehen derzeit **Altersdiskriminierung bei Kreditvergaben zur Immobilienfinanzierung**

Kredite im Alter: Rund 40 % der über 55-jährigen ziehen Kreditaufnahme bei entsprechenden Rahmenbedingungen und guter Beratung in den nächsten fünf Jahren in Betracht Top-Gründe für Finanzierungen: Sanierungen und Umbauten sowie Finanzierungen von Gesundheits- und Pflegemaßnahmen

Kostenvorstellung: Für rund ein Fünftel der Senioren sind zum Erwerb von Immobilieneigentum eine monatliche Kreditrate über 750 Euro und eine Kredithöhe über 150.000 Euro vorstellbar

(Quelle: Marketagent-Studie im Auftrag des ungebundenen Kreditvermittlers Infina, 26. April 2023)

Neun von zehn **Österreicher/innen lieben ihre aktuelle Wohngegend**. Am höchsten ist die Zufriedenheit in Tirol und Vorarlberg mit 98 Prozent, gefolgt von Oberösterreich und Salzburg mit 94 Prozent. Das Schlusslicht bildet Wien mit einem nach wie vor extrem hohen Wohlfühlgrad von 82 Prozent. Das zeigt die aktuelle ImmoScout24-Trendstudie, für die Integral 1.000 Personen befragt hat.

(Quelle: ImmoScout24, 25. April 2023)

Eine klare Mehrheit der wahlberechtigten Österreicher ist dafür, dass **Kreuze weiter in öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Krankenhäusern** hängen: 67% der Befragten spricht sich dafür aus, 25% sind dagegen. Das geht aus einer Umfrage hervor, die das Meinungsforschungsinstitut Unique research für die aktuelle Ausgabe des Nachrichtenmagazins „profil“ durchgeführt hat. Die größte Zustimmung für Kreuze in öffentlichen Räumen gibt es bei Wählern der ÖVP und FPÖ mit jeweils 83%.

(Quelle: Profil, 6. April 2023)

Nur drei% der Österreicher fühlen sich von den **Maßnahmen der Bundesregierung** gegen die Teuerung „sehr“ und 22% „eher schon“ entlastet. 37% sehen sich durch die diversen Hilfszahlungen „eher nicht“ und 33% „überhaupt nicht“ entlastet. Der Rest machte keine Angaben. Das geht aus einer Umfrage hervor, die das Meinungsforschungsinstitut Unique research für die aktuelle Ausgabe des Nachrichtenmagazins „profil“ durchgeführt hat. Im Februar meinten noch 30%, die Hilfen kämen an und 65% verneinten dies.

(Quelle: Profil, 1. April 2023)